

Richard Sandbrook

Die demokratische Linke im globalen Süden

Wenn man heutzutage eine neue, selbstbewusste Linke mit konsequenten Strategien für den Umgang mit widrigen globalen Realitäten sucht, dann wird man vor allem im globalen Süden fündig, insbesondere in Lateinamerika. Dagegen ist die demokratische Linke der westlichen Welt in Auflösung begriffen. Selbst während der schwersten Krise des Kapitalismus seit der Weltwirtschaftskrise hat sie sich als unfähig erwiesen, die Initiative zu ergreifen und auf die Entwicklung eines neuen Politikmodells zu drängen.

Sozialistische und fortschrittliche Bewegungen im Allgemeinen machten zwar zu Wahlkampfzeiten mutige Ankündigungen. Sobald sie aber die Regierungsgeschäfte übernommen hatten, ähnelte ihr Programm dem der bürgerlichen Mitte-Rechts-Parteien. Seit Ausbruch der Krise 2008/2009 sprangen zahlreiche linksgerichtete Parteien in Europa zunächst auf den fahrenden Zug der Konjunkturprogramme auf. Später schwankten sie angesichts der Frage, ob Sparprogramme notwendig seien oder nicht. In den Vereinigten Staaten war Barack Obama, der von der amerikanischen Rechten unpassenderweise als Sozialist und Liberaler bezeichnet wird, nicht imstande, Unterstützung für viele seiner mäßig fortschrittlichen politischen Maßnahmen zu finden. Parallel ist es auch der fortschrittlichen und öffentlichkeitswirksamen Occupy-Bewegung, die sicherlich das allgemeine Bewusstsein für Ungleichheit und deren schädliche Folgen schärfte, weder gelungen, ein schlüssiges alternatives Programm zu entwickeln, mit dem ihre egalitären und demokratischen Ziele verwirklicht werden können, noch eine kohärente Organisationsstruktur aufzubauen. Wir erleben daher zurzeit, wie die linken Parteien der westlichen Welt ihre moralische und intellektuelle Führerschaft

verlieren und diese nun von ihren Pendants im Süden übernommen wird.

Die demokratische Linke in den Entwicklungsländern tritt für ein Konzept der Guten Gesellschaft ein, von dem sich fortschrittlich denkende Menschen überall in der Welt haben inspirieren lassen. Die Überwindung der Übel des Kapitalismus beinhaltet sowohl das Ziel der Schaffung einer gleichberechtigten Freiheit als auch den Primat der Solidarität und einer auf Bürgerbeteiligung basierenden Politik, um dieses Ziel zu erreichen. Gleichberechtigte Freiheit steht für eine Gesellschaft, in der alle Bürger die gleichen Chancen haben, ihre Freiheitsrechte geltend zu machen. Alle Menschen sollten die Möglichkeit haben, ein langes und selbstbestimmtes Leben zu führen, für das es sich zu leben lohnt, ohne dass ihr Schicksal aufgrund ihrer Herkunft, des Ansehens ihrer Familie oder ihrer ursprünglichen Marktposition vorherbestimmt ist. Im Gegensatz zu den Sozialliberalen betonen linksgerichtete Parteien die Wichtigkeit kooperativer Instrumente, mit denen die gleichberechtigte Entfaltung des Potenzials eines jeden Menschen erreicht wird. Dies entspricht einer Gesellschaft, die, in Marx' Worten, auf dem folgenden Prinzip beruht: »Die Freiheit eines jeden Einzelnen ist die Voraussetzung für die Freiheit aller«. Nicht der Wettbewerb zwischen Personen und eine liberaldemokratische Politik, sondern klassenübergreifende Solidarität und eine auf Bürgerbeteiligung ausgerichtete Politikgestaltung stellen demnach die erforderlichen Instrumente zur Erreichung dieses radikalen Ziels dar. Nicht nur in den Entwicklungs- und Schwellenländern des globalen Südens, sondern auch in anderen Teilen der Welt unterscheidet sich die Linke vom Sozialliberalismus und anderen ideologischen Tendenzen durch den Umstand, dass

sie zur Verwirklichung ihrer Umverteilungsziele ihre Anstrengungen auf die kollektive Organisation ausgeschlossener oder ausgegrenzter Gruppen sowie auf kollektives politisches Handeln konzentriert.

Die Strategien der demokratischen Linken in den Entwicklungsländern lassen sich anhand von zwei Kriterien unterscheiden: dem Grad der Institutionalisierung der linksgerichteten Partei oder Parteien und der Intensität des Klassenkampfes. Institutionalisierung ist deshalb wichtig, weil schwach institutionalisierte Parteien per definitionem einen geringeren Zusammenhalt aufweisen und in organisatorischer Hinsicht weniger kompetent sind. Dadurch erweisen sie sich als weniger stabil, weniger einheitlich und weniger einflussreich als hochgradig institutionalisierte Parteien. Da sich der Kampf für gleichberechtigte Freiheit normalerweise über längere Zeiträume erstreckt und demokratische Kontinuität von zentraler Bedeutung für das Projekt einer demokratischen Linken ist, haben gut institutionalisierte Parteien größere Chancen, nachhaltige Umverteilungserfolge zu erzielen. Auch die Intensität des Klassenkampfes ist ein ausschlaggebendes Unterscheidungsmerkmal. Fortschrittliche Bewegungen lassen sich in zwei Gruppen einteilen: Auf der einen Seite stehen all jene linksgerichteten Parteien, die eine gemäßigte Strategie verfolgen und sich zum Ziel gesetzt haben – oder sich zumindest damit abfinden –, mit stillschweigender Duldung der Eliten Umverteilungsprogramme umzusetzen. Auf der anderen Seite befinden sich Parteien, die der Auffassung sind, dass die angestrebten Ergebnisse nur durch eine unerbittliche Konfrontation mit den bestehenden Machtstrukturen und den Nutznießern vererbter Privilegien erreicht werden können.

Deshalb ist die Trennlinie zwischen dem Klassenkompromiss und dem Klassenkampf von fundamentaler Bedeutung. Anhand dieser Kriterien gelange ich zu vier potenziellen Erscheinungsformen der

demokratischen Linken: der gemäßigten Sozialdemokratie, einer radikalen sozialdemokratischen Strategie des sozialistischen Übergangs, dem althergebrachten Populismus und dem Linkspopulismus.

Erscheinungsformen der demokratischen Linken

Der vorwiegend beschrittene Pfad ist der sogenannte »gemäßigte sozialdemokratische Weg«, besonders im heutigen Lateinamerika. Markante Beispiele hierfür sind Brasilien (seit 2006), Chile (seit 2000), Uruguay (seit 2004), Costa Rica (von den 50er Jahren bis zu seinem Abgleiten in den Sozialliberalismus in den 90er Jahren), und zwei indische Bundesstaaten – Kerala und Westbengalen. Die gemäßigte Strategie erweist sich als innovativ: Sie vermeidet Populismus und die vollständige Ökonomisierung von Arbeit, Grund und Boden und Geld, während sie es gleichzeitig vermag, den Herausforderungen von Armut und Ungleichheit vor dem Hintergrund der bedingenden neoliberalen Globalisierung einigermaßen effizient zu begegnen. Mit anderen Worten: Die Befürworter der gemäßigten Strategie haben eine fortschrittliche Methodik entwickelt, um in einer kapitalistischen Volkswirtschaft einen Ausgleich zwischen den zwingenden Erfordernissen der Umverteilung und der Gerechtigkeit auf der einen Seite und der Kapitalakkumulation und der Effizienz auf der anderen Seite herzustellen.

Dieses Kunststück gelingt ihnen dadurch, dass sie nicht nur volkswirtschaftliche Maximen mit einem vorausschauenden Staat, sondern auch erweiterte soziale Bürgerrechte mit bis zu einem gewissen Grad partizipatorischen Institutionen verknüpfen. Einerseits passt die Regierung ihre Währungs- und Fiskalpolitik dem Ziel an, die Inflationsrate und die Auslandsschulden niedrig zu halten. Sie strebt dabei die Schaffung einer relativ offenen Volkswirtschaft an, indem sie den Handel liberalisiert und ausländische Investitionen zulässt. Andererseits fördern die Regierung

gen die Umverteilung des Wirtschaftswachstums durch eine staatlich gestützte Binnennachfrage und eine protektionistische Handelspolitik (*developmentalism*). Ziel ist es, die Einnahmen des Staates und die Zahl »guter« Arbeitsplätze zu erhöhen und deutlich höhere Mindestlöhne zu erreichen. Die gestiegenen öffentlichen Einnahmen und neuen Steuererträge werden unter anderem dazu genutzt, die sozialen Bürgerrechte mittels eines universellen Sozialschutzes sowie mithilfe von Transferzahlungen und guten öffentlichen Dienstleistungen, insbesondere in den Bereichen Bildung und Gesundheitsfürsorge, auszuweiten. Darüber hinaus versprechen die Befürworter dieser Strategie, die demokratische Teilhabe zu stärken. Und dies nicht nur um ihrer selbst willen, sondern auch, um den Staat dazu zu drängen, seine Anstrengungen zur Verringerung von Armut und Ungleichheit zu verstärken. Da die linksgerichteten Regierungen jedoch bestrebt sind, sich populistischem Druck zu widersetzen, durch den heikle Klassenkompromisse und pragmatische Bündnisse mit Parteien der politischen Mitte und des Mitte-Rechts-Spektrums im Parlament gefährdet werden könnten, haben sie entschieden, die Bürger auf nationaler Ebene lediglich zu konsultieren und deren Mitspracherechte auf die lokale Ebene zu beschränken. Damit verfolgen gemäßigte Sozialdemokraten einen gemischten Ansatz, der weder vollkommen neoliberal ist, noch mit den traditionellen Vorstellungen von einer fortschrittlichen Politik übereinstimmt.

Es ist lohnend, sich näher mit dem *developmentalism* zu befassen. Seine Konturen sind weniger scharf als die einer orthodoxen Wirtschaftspolitik. Es handelt sich um ein Konzept, das zwischen der Doktrin der freien Marktwirtschaft, deren Ideal der sich selbst regulierende Markt ist, und dem entwicklungsorientierten Staat anzusiedeln ist. Der entwicklungsorientierte Staat kontrolliert den Markt so umfassend, dass er sogar unter den Marktteilnehmern »Ge-

winner« auswählt und diese fördert. Während der Blütezeit der Industrialisierung (1950er bis 1970er Jahre) spielte der Staat in vielen Volkswirtschaften des globalen Südens eine dirigistische Rolle. Die Regierungen erließen nicht nur umfassende Vorschriften, sondern sie errichteten auch einen umfangreichen Wirtschaftssektor, der sich aus staatseigenen Betrieben aus den Bereichen Energieversorgung, Verkehr und Banken – manchmal auch aus den Bereichen der Verarbeitungsindustrie und der Landwirtschaft – zusammensetzte. Im Namen eines später als »Washington Consensus« bekannt gewordenen Programms wurden dann wegen der Schuldenkrise und der darauffolgenden Ermächtigung der neuerdings neoliberalen Institutionen Weltbank und Internationaler Währungsfonds (IWF) alle außerhalb Ostasiens liegenden interventionistischen Staaten unter Druck gesetzt. In den 2000er Jahren hingegen erfuhr die »Industriepolitik«, die ein gewisses Maß an staatlicher Steuerung beinhaltet, eine Renaissance.

Der entwicklungsorientierte Staat, für den Taiwan und Südkorea von Mitte der 60er Jahre bis in die frühen 90er Jahre ein gutes Beispiel waren, setzt allerdings sehr ungewöhnliche Rahmenbedingungen voraus. Dazu gehört ein gut ausgebildeter Beamtenapparat sowie ein hohes Steueraufkommen, mit dem ein starker Staat unterstützt werden kann. Außerdem setzt dieses Modell die Bereitschaft voraus, Gewalt gegen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter anzuwenden, und die Existenz einer nachgiebigen Unternehmerschaft. Eine weitere Bedingung, die Peter Evans in seinem Klassiker *Embedded Autonomy* (1995) erläutert hat, ist ein ausgewogenes Verhältnis zwischen der Eigenständigkeit der Verwaltung und ihrer Einbettung in die Gesellschaft. Nur wenige Länder des globalen Südens erfüllen all diese Voraussetzungen. Gewöhnlich mangelt es den Staaten an Effektivität, an dem für eine erfolgreiche Umsetzung dieser Strategie erforderlichen Maß an Un-

abhängigkeit von den Unternehmen und an einem ausreichend hohen Steueraufkommen (aufgrund weitverbreiteter Steuerhinterziehung).

Darüber hinaus ist es nicht sehr wahrscheinlich, dass Linksregierungen, die wirklich demokratisch sind, die Arbeiter unterdrücken wollen. Um sich selbst treu zu bleiben, müsste die Linke einen demokratischen entwicklungsorientierten Staat aufbauen, und nicht einen autoritären. Allerdings macht dieses Erfordernis das ohnehin schon sehr ehrgeizige Programm linksgerichteter Parteien noch komplexer.

Fortschrittliche Regierungen können aber auch ohne eine derart seltene Spezies erfolgreich sein. Auch Staaten, deren Regierungen »gut genug« sind, können eine entwicklungsorientierte Politik betreiben.

Positives Erbe des Reformismus

Selbst wenn sozialdemokratische Regierungen nur selten in der Lage sind, den Markt effizient zu steuern, können sie ihn doch wenigstens dazu anspornen, sich ihrem inklusiven sozioökonomischen Programm anzupassen. Jemanden anzuspornen bedeutet also nicht, unter den Marktteilnehmern »Gewinner« auszusuchen. Der staatliche *developmentalism* hingegen macht sich das positive Erbe des demokratischen Reformismus zunutze, das in einem hochentwickelten Humankapital, einer guten Infrastruktur sowie in von Stabilität und relativer Effizienz gekennzeichneten Regierungen und Arbeitsbeziehungen ihren Niederschlag findet. Ziel ist es, ausländische Investoren ins Land zu holen und lokale Produzenten zu ermutigen, in der Weltwirtschaft lukrative Marktnischen zu besetzen. Durch die Schaffung von Steueranreizen, die Errichtung einer unerlässlichen Infrastruktur und die Bereitstellung von Krediten und anderer Unterstützung für Privatunternehmen und Joint Ventures wollen entwicklungsorientierte Staaten Innovationen und Wettbewerbsfähigkeit für auserlesene Exportgüter mit hoher Wertschöpfung fördern. Da-

bei geht es mehr um die Stärkung der globalen Wettbewerbsfähigkeit als um die Absicht, sich hinter die Mauern des Protektionismus zurückzuziehen. Die Bedeutung des *developmentalism* lässt sich am Beispiel Brasiliens gut veranschaulichen. Im Jahre 2007 brachte Präsident Lula da Silva ein »Wachstumsbeschleunigungsprogramm« auf den Weg, dessen Ziel es war, öffentliche und private Investitionen in die Infrastruktur zu erhöhen und die Unterschiede zwischen dem Norden und dem Süden des Landes zu verringern. Es wurden Straßen, Schienenwege und Wasserkraftwerke gebaut. Die Regierung subventionierte Kredite, die mithilfe einer staatseigenen Entwicklungsbank an strategisch wichtige Unternehmen vergeben wurden. Im Jahr 2008 schuf sie einen neuen staatlichen Erdölkonzern, um sich an der Erschließung neu entdeckter Erdölvorkommen zu beteiligen. Außerdem kurbelte die Regierung die Nachfrage der Verbraucher nach brasilianischen Gütern und Dienstleistungen an, indem sie den Armen, den Arbeitern und dem Mittelstand höhere Einkommen bescherte.

Im Juni und Juli 2013 aber wurde Brasilien von Massenprotesten überrollt. Der Auslöser für die in São Paulo ausgebrochenen Proteste war eine geringfügige Fahrpreiserhöhung für den städtischen Personenverkehr. Die repressive Reaktion der Militärpolizei ließ die Wut der Brasilianer hochkochen. In der Folge breiteten sich die Unruhen auf alle großen Städte des Landes aus, auf ihrem Höhepunkt nahmen schätzungsweise eine Million Brasilianer an den Protesten teil. Die Ziele der Demonstranten, vor allem aus den Favelas und vorwiegend junge Menschen, wurden allerdings immer diffuser. Einige Menschen protestierten gegen die gewalttätige Unterdrückung durch die Polizei, andere gegen die staatliche Verschwendung riesiger Geldsummen für den Bau von Anlagen für die bevorstehende Fußballweltmeisterschaft, während sich gleichzeitig die öffentlichen Dienste und die Infrastruktur des Landes in einem

schlechten Zustand befinden. Andere, vorwiegend junge Demonstranten wiederum lehnten sich gegen die in ihren Augen düsteren Zukunftsaussichten auf, obwohl die Einkünfte der Brasilianer in den vorangegangenen Jahren stark gestiegen sind. Die Armut und die ungleiche Einkommensverteilung im Lande hatten sich nämlich verringert, die durchschnittlichen Reallöhne waren gestiegen und viele neue Arbeitsplätze waren entstanden. Präsidentin Dilma Rousseff war von den Protesten anscheinend vollkommen überrascht worden.

Wo lag also das Problem? Die Proteste waren offensichtlich nicht gegen die Bundesregierung im Besonderen, gegen die Arbeiterpartei oder gegen Rousseff persönlich gerichtet. Die Präsidentin hatte noch immer hohe Beliebtheitswerte. Beobachter begründeten die Massendemonstrationen unter anderem mit der allgemeinen Enttäuschung der Menschen über die traditionelle Politik in Brasilien und die unverändert großen Ungleichheiten. Die brasilianische Wirtschaft verzeichnete zwei Jahre lang ein langsames Wachstum, während gleichzeitig die enormen Ausgaben für die Fußballweltmeisterschaft und die Olympischen Spiele die Inflation schürten.

Die Demonstrationen in Brasilien und die einige Jahre zuvor in Chile ausgebrochenen Proteste zeigen die Grenzen der gemäßigten Sozialdemokratie auf. Trotz ihrer Errungenschaften muss sich die Partei einer Wählerschaft stellen, die mehr von ihr erwartet. Fortschrittliche Regierungen sind jedoch großen Sachzwängen

unterworfen: Da linke Parteien in den Parlamenten für gewöhnlich in der Minderheit bleiben, ist die Regierung gezwungen, opportunistischen Splitterparteien zweifelhaftes Zugeständnisse zu machen, um zentrale Gesetzesvorhaben durchzubringen. Außerdem müssen mitunter Beziehungen zu privaten Unternehmen gepflegt werden, um Wahlkampfgelder zu gewinnen. Das Ziel der Schaffung von gleichberechtigter Freiheit, die die Menschen erwarten, stellt vor diesem Hintergrund eine enorme Herausforderung dar.

Darüber hinaus mag es gemäßigten Sozialdemokraten nur gelingen, widersprüchliche Notwendigkeiten miteinander in Einklang zu bringen, solange das Wirtschaftswachstum anhält. Sobald aber das Wirtschaftswachstum zurückgeht, ist die Führung nicht mehr imstande, gleichzeitig die Kapitalakkumulation und die Umverteilung (genauer gesagt: die aus der Kapitalakkumulation resultierende Umverteilung) zu fördern. Es mag sein, dass die gemäßigte Linke dann vor der Wahl zwischen zwei sehr gegensätzlichen Optionen steht: Entweder sie wird dem zwingenden Erfordernis der Kapitalakkumulation gerecht und beruhigt dadurch die Anleger, was einem Rückfall in den Neoliberalismus gleichkäme, oder aber sie setzt sich energisch für eine Vermögens- und Einkommensumverteilung ein. Letzteres hätte zur Folge, dass sie tatsächlich auf eine Klassenkonfrontation zusteuern würde. Beide Wege werden sich für die gemäßigte Linke als äußerst schwierig erweisen.



Richard Sandbrook

ist Professor für Politische Wissenschaften an der Universität Toronto. Zuletzt veröffentlichte er (zus. mit Marc Edelman, Patrick Heller und Judith Teichman): *Social Democracy in the Global Periphery: Origins, Challenges, Prospects* (Cambridge University Press).

richard.sandbrook@utoronto.ca